

14.03.17

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur internationalen Initiative Open Government Partnership

Bundesministerium
des Innern
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 10. März 2017

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Malu Dreyer

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

am 7. Dezember 2016 hat Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière in Vertretung der Bundeskanzlerin am Open Government Partnership Global Summit in Paris die Teilnahme Deutschlands an der OGP-Initiative bekannt gegeben. Zu dem Gipfel hatte der französische Staatspräsident Hollande Regierungsvertreter aus aller Welt geladen. Die Open Government Partnership ist ein Zusammenschluss von 75 Staaten, die sich für ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln einsetzen. Mit Überreichung der Absichtserklärung und dem Beginn der Erarbeitung eines ersten nationalen Aktionsplans ist die Bundesregierung der Aufforderung des Bundesrats vom 6. November 2015 (Drs. 462/15 (Beschluss)) nachgekommen.

Mit freundlichen Gren

Dr. Ole Schröder

siehe Drucksache 462/15 (Beschluss)